



HESSISCHER LANDTAG

15. 02. 2021

KPA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Zum Schulunterricht: Aktueller Stand, weitere Planungen und Umgang mit entstandenen Lernrückständen

Am 10. Februar 2021 tagte erneut die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), um über weitere Schritte bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie zu beraten. Dabei wurden die Entscheidungen für weitere Schritte im Schulwesen vorrangig den Ländern überlassen, die hierüber im Rahmen ihrer Kultushoheit entscheiden. Der Beschluss sieht darüber hinaus vor, dass die Länder ihre Anstrengungen im Bereich der Digitalisierung vergrößern.

Bezüglich der Hygienemaßnahmen wird weiterhin auf das Tragen von Masken und die Notwendigkeit des Lüftens verwiesen. Bei einer Fortschreibung der Impfverordnung soll zudem geprüft werden, ob Grundschullehrerinnen und -lehrer sowie Beschäftigte in der Kindertagesbetreuung prioritär, in der Kategorie 2, berücksichtigt werden können. Zudem sollen vermehrt auch Schnelltests zum Einsatz kommen.

Es ist absehbar, dass das Aufholen von Lerndefiziten und die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Lernschwierigkeiten in den nächsten Monaten eine besondere Rolle spielen wird. So zeigt beispielsweise eine Auswertung des ifo-Instituts, dass sich Schülerinnen und Schüler während der ersten Schulschließungen statt 7,4 nur noch 3,6 Stunden mit der Schule beschäftigten. Während der Zeit der erneuten Schulschließungen seit Mitte Dezember habe sich der Umgang individueller Lehrkräfte mit dem digitalen Distanzunterricht zwar verbessert, so eine Folgebefragung von Lehrkräften für das Deutsche Schulbarometer Spezial zur Corona-Krise, nicht einmal jede vierte Schule (23 %) habe jedoch ein Konzept dafür, wie Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten unterstützt werden können.

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek hat daher schon Ende Januar gegenüber den Zeitungen der Funke-Mediengruppe angekündigt, dass Mittel aus dem „Kultur macht stark“-Programm für eine Kompensation von Lerndefiziten zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Landesregierung wiederum hat mit dem sogenannten Sondervermögen im Dezember 2020 für das Lernen in den Ferien 2.400.000 € bereitgestellt. Neben einer erneuten Ferienakademie im Sommer 2021 sollten aus diesen Mitteln auch schulbezogene Wintercamps (2020/2021) und schulbezogene Sommercamps (2021) finanziert werden, wobei die Ankündigung schulbezogener Wintercamps noch in der Haushaltssitzung zurückgezogen wurde.

Die Landesregierung wird ersucht, im kulturpolitischen Ausschuss (KPA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

I. Weiteres Vorgehen bei den Schulöffnungen

1. Was sind die Leitlinien der Stellungnahme, welche die Kultusministerkonferenz der MPK als Grundlage für die weiteren Beratungen am 10. Februar 2021 zur Verfügung gestellt hat?
Stimmen die nun getroffenen Regelungen hiermit überein?
2. Inwiefern werden die Erkenntnisse des am 8. Februar 2021 vorgestellten Papiers des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) in den von der Kultusministerkonferenz (KMK) formulierten Stufenplan einfließen?
3. Ist weiterhin nicht geplant, den Stufenplan der KMK an feste Schwellenwerte zu knüpfen?
4. Vor welchem Hintergrund fiel die Entscheidung der Landesregierung, dass für Schülerinnen und Schüler bis zur sechsten Klasse ab dem 22. Februar 2021 das Wechselmodell (Stufe 3) gilt, Schülerinnen und Schüler ab der siebten Klasse aber voraussichtlich bis nach den Osterferien im Distanzunterricht bleiben?

5. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass alle Schülerinnen und Schüler ab dem 22. Februar 2021 in das Wechselmodell gehen könnten, gegebenenfalls mit weniger Präsenztagen bei den älteren Schülerinnen und Schülern?
Wenn nein: Warum nicht?
6. In welcher Höhe sind die 75.000.000 € Landesmittel für Hygienemaßnahmen für Maßnahmen in den Schulen vorgesehen?
In welcher Höhe wurden diese Mittel von den Schulen bereits abgerufen und verwendet?
7. Plant die Landesregierung zusätzliche Mittel für Hygienemaßnahmen in den Schulen bereitzustellen?
8. Erstattet die Landesregierung den Kommunen die Kosten für regelmäßige Tests von Schülerinnen und Schüler, Lehrkräften und weiterem schulischem Personal?
Wenn ja, in welcher Höhe sind hierfür Mittel vorgesehen?
9. Orientiert sich die Landesregierung bei der Bereitstellung von Tests an dem bereits in Österreich erprobten Modell, sobald es zugelassene Selbsttests gibt?
Wann ist das voraussichtlich der Fall?
10. Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen der veränderten Anordnung zugrunde, dass in der Grundschule nun flächendeckend eine Maskenpflicht gilt?

II. Digitales Lernen

1. Welche zusätzlichen Maßnahmen plant die Landesregierung zu ergreifen, um dem Beschluss der MPK, die Anstrengungen bei der digitalen Bildung zu vergrößern, Rechnung zu tragen?
2. An wie vielen Schulen wird nach Kenntnis der Landesregierung bei der Durchführung des Distanzunterrichts
 - a) weniger als zwei Schulstunden am Tag online unterrichtet,
 - b) mindestens zwei Schulstunden am Tag online unterrichtet,
 - c) nicht online unterrichtet?
3. In welcher Höhe sind mittlerweile Mittel aus dem Digitalpakt abgerufen?
4. Wie weit ist die Umsetzung des sogenannten zweiten Annexes „Administration“?
5. Wie weit ist die Umsetzung des sogenannten dritten Annexes „Leihgeräte für Lehrkräfte“?
6. Wie viele Schulen sind mittlerweile im ganzen Schulgebäude mit WLAN versorgt?
7. Wie viele Schulen haben mittlerweile einen Gigabitanschluss?
Bei wie vielen Schulen ist ein Gigabitanschluss geplant oder projektiert?
8. Wie viele Schulen arbeiten mit einer Lehr- und Lernplattform? (Bitte unter Angabe der jeweiligen Plattform und aufgeschlüsselt nach Schulform)
9. Welche weiteren Maßnahmen plant die Landesregierung, um Videokonferenzen vor Missbrauch zu schützen?

III. Kompensation von Lernrückständen

1. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung bezüglich Lernrückständen von Schülerinnen und Schülern vor?
Welche Lernstandserhebungen sind mit Blick auf die Versäumnisse der Corona-Krise bereits durchgeführt worden oder noch geplant?
2. Wie viele Schülerinnen und Schüler benötigen nach Ansicht der Landesregierung im nächsten Jahr besondere Förderung?
3. Hat die Landesregierung bereits ein Konzept, wie mit Lernrückständen von Schülerinnen und Schülern umgegangen werden soll?

4. Plant die Landesregierung für die Kompensation von Lernrückständen und die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern
 - a) Lehramtsstudierende einzubinden, auch über die Durchführung von Feriencamps hinaus,
 - b) eine Sonderzuweisung zur regulären Lehrkräftezuweisung in diesem und ggf. dem nächsten Halbjahr,
 - c) die Einbindung privater Nachhilfeeinstitute?
5. Ist derzeit geplant, die Ostercamps stattfinden zu lassen?
6. Inwieweit plant die Landesregierung weiterhin die Sommercamps durchzuführen, trotz der Kritik verschiedener Verbände an der Durchführung im letzten Jahr?
7. Inwieweit plant die Landesregierung, die eigentlich für das schulbezogene Wintercamp vorgesehenen Mittel i.H.v. 400.000 € für weitere Maßnahmen mit dem Ziel der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern zu verwenden?
8. Hat das BMBF bereits seine Planungen konkretisiert, Mittel aus dem Programm „Kultur macht stark“ für die Kompensation von Lernrückständen zur Verfügung zu stellen?
9. Plant die Bundesregierung nach Kenntnis der Landesregierung, dass weitere Maßnahmen zur Eindämmung coronabedingter Lernrückstände auf der Grundlage von Art. 104c GG finanziell unterstützt werden?
10. Wenn ja, was ist hier der Stand?
11. Wenn nein, hält die Landesregierung dieses Vorgehen für sinnvoll?

Wiesbaden, 15. Februar 2021

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock